



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 31.3.2026
COM(2026) 143 final

2026/0079 (NLE)

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt zur Änderung des Anhangs IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens

(Beaufsichtigung bestimmter Referenzwert-Administratoren durch die ESMA)

(Text von Bedeutung für den EWR)

BEGRÜNDUNG

1. GEGENSTAND DES VORSCHLAGS

Vorgeschlagen wird ein Beschluss zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss im Zusammenhang mit der geplanten Annahme des Beschlusses des Gemeinsamen Ausschusses zur Änderung von Anhang IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens zu vertreten ist

2. KONTEXT DES VORSCHLAGS

1.1. EWR-Abkommen

Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“) garantiert den Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaftsteilnehmern im EWR gleiche Rechte und Pflichten im Binnenmarkt. Es sieht vor, dass die EU-Rechtsvorschriften, die die vier Freiheiten regeln, in allen 30 EWR-Staaten – den EU-Mitgliedstaaten, Norwegen, Island und Liechtenstein – Anwendung finden. Darüber hinaus umfasst das EWR-Abkommen die Zusammenarbeit in anderen wichtigen Bereichen wie Forschung und Entwicklung, Bildung, Sozialpolitik, Umwelt, Verbraucherschutz, Tourismus und Kultur, die zusammen als „flankierende und horizontale“ Politikbereiche bezeichnet werden. Das EWR-Abkommen trat am 1. Januar 1994 in Kraft. Die Union ist gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten Vertragspartei des EWR-Abkommens.

1.2. Gemeinsamer EWR-Ausschuss

Der Gemeinsame EWR-Ausschuss ist für die Verwaltung des EWR-Abkommens zuständig. Er ist ein Forum für den Meinungsaustausch im Zusammenhang mit dem Funktionieren des EWR-Abkommens. Seine Beschlüsse werden einvernehmlich gefasst und sind für die Parteien verbindlich. Für die Koordinierung von EWR-Angelegenheiten aufseiten der EU ist das Generalsekretariat der Europäischen Kommission zuständig.

1.3. Vorgesehener Akt des Gemeinsamen EWR-Ausschusses

Der Gemeinsame EWR-Ausschuss soll einen Beschluss (im Folgenden „vorgesehener Akt“) zur Änderung von Anhang IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens erlassen.

Mit dem vorgesehenen Akt soll die Delegierte Verordnung (EU) 2022/804 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 durch Festlegung von Verfahrensvorschriften für im Rahmen der Beaufsichtigung bestimmter Referenzwert-Administratoren durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde geltende Maßnahmen¹ gemeinsam mit zwei damit zusammenhängenden Rechtsakten in das EWR-Abkommen aufgenommen werden.

Der vorgesehene Akt wird nach den Artikeln 103 und 104 des EWR-Abkommens für die Vertragsparteien bindend.

¹ Delegierte Verordnung (EU) 2022/804 der Kommission vom 16. Februar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung von Verfahrensvorschriften für im Rahmen der Beaufsichtigung bestimmter Referenzwert-Administratoren durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) geltende Maßnahmen (ABl. L 145 vom 24.5.2022, S. 7).

3. IM NAMEN DER UNION ZU VERTRETENDER STANDPUNKT

Die Kommission legt dem Rat den beigefügten Entwurf eines Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses zur Annahme als Standpunkt der Union vor. Der Standpunkt sollte nach seiner Annahme baldmöglichst dem Gemeinsamen EWR-Ausschuss unterbreitet werden.

Der im Entwurf beigefügte Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses enthält umfassende institutionelle Anpassungen, die im Wesentlichen vorsehen, den EU-Finanzaufsichtsbehörden und der EFTA-Überwachungsbehörde in Bezug auf Referenzwert-Administratoren die gleichen Aufgaben zu übertragen wie bei den sonstigen Vorschriften im Finanzdienstleistungsbereich. Dies geht über das hinaus, was als technische Anpassungen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 2894/94² des Rates angesehen werden kann. Der Standpunkt der Union ist daher vom Rat festzulegen.

4. RECHTSGRUNDLAGE

1.4. Verfahrensrechtliche Grundlage

1.4.1. Grundsätze

Nach Artikel 218 Absatz 9 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erlässt der Rat Beschlüsse „zur Festlegung der Standpunkte, die im Namen der Union in einem durch eine Übereinkunft eingesetzten Gremium zu vertreten sind, sofern dieses Gremium rechtswirksame Akte, mit Ausnahme von Rechtsakten zur Ergänzung oder Änderung des institutionellen Rahmens der betreffenden Übereinkunft, zu erlassen hat“.

Der Begriff „rechtswirksame Akte“ erfasst auch Akte, die kraft völkerrechtlicher Regelungen, denen das jeweilige Gremium unterliegt, Rechtswirkung entfalten. Darunter fallen auch Instrumente, die völkerrechtlich nicht bindend, aber „geeignet [sind], den Inhalt der vom Unionsgesetzgeber ... erlassenen Regelung maßgeblich zu beeinflussen“³.

1.4.2. Anwendung auf den vorliegenden Fall

Der Gemeinsame EWR-Ausschuss ist ein durch ein internationales Übereinkommen, nämlich das EWR-Abkommen, eingesetztes Gremium. Bei dem Akt, den der Gemeinsame EWR-Ausschuss annehmen soll, handelt es sich um einen rechtswirksamen Akt. Der vorgesehene Akt ist nach Artikel 103 und 104 des EWR-Abkommens völkerrechtlich bindend.

Mit dem vorgesehenen Akt wird der institutionelle Rahmen des Abkommens weder ergänzt noch geändert. Die verfahrensrechtliche Grundlage für den vorgeschlagenen Beschluss ist daher Artikel 218 Absatz 9 AEUV in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2894/94 des Rates.

1.5. Materielle Rechtsgrundlage

1.5.1. Grundsätze

Die materielle Rechtsgrundlage für einen Beschluss gemäß Artikel 218 Absatz 9 AEUV in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2894/94 des Rates hängt in erster Linie von der materiellen Rechtsgrundlage des in das EWR-Abkommen aufzunehmenden Rechtsakts der EU ab.

² Verordnung (EG) Nr. 2894/94 des Rates vom 28. November 1994 mit Durchführungsvorschriften zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 305 vom 30.11.1994, S. 6).

³ Urteil des Gerichtshofs vom 7. Oktober 2014, Deutschland/Rat, C-399/12, ECLI:EU:C:2014:2258, Rn. 61-64.

Liegt dem vorgesehenen Akt ein doppelter Zweck oder Gegenstand zugrunde und ist einer davon der wesentliche und der andere von untergeordneter Bedeutung, so muss der Beschluss nach Artikel 218 Absatz 9 AEUV auf eine einzige materielle Rechtsgrundlage gestützt werden, nämlich auf diejenige, die der wesentliche oder vorrangige Zweck oder Gegenstand verlangt.

1.5.2. Anwendung auf den vorliegenden Fall

Da mit dem Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses die Delegierte Verordnung (EU) 2022/804 der Kommission gemeinsam mit zwei damit zusammenhängenden Rechtsakten in das EWR-Abkommen aufgenommen wird, sollte der vorgeschlagene Beschluss des Rates auf dieselbe materielle Rechtsgrundlage gestützt sein wie die aufzunehmenden Rechtsakte. Die materielle Rechtsgrundlage für den vorgeschlagenen Beschluss ist somit Artikel 114 AEUV.

1.6. Schlussfolgerung

Die Rechtsgrundlage für den vorgeschlagenen Beschluss sollte Artikel 114 AEUV in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9 AEUV und Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2894/94 des Rates sein.

5. VERÖFFENTLICHUNG DES VORGESEHENEN AKTS

Da mit dem Akt des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Anhang IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens geändert wird, ist es angezeigt, ihn nach seinem Erlass im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veröffentlichen.

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt zur Änderung des Anhangs IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens

(Beaufsichtigung bestimmter Referenzwert-Administratoren durch die ESMA)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 114 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2894/94 des Rates vom 28. November 1994 mit Durchführungsvorschriften zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum⁴, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 3,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum⁵ (im Folgenden „EWR-Abkommen“) trat am 1. Januar 1994 in Kraft.
- (2) Nach Artikel 98 des EWR-Abkommens kann der Gemeinsame EWR-Ausschuss unter anderem eine Änderung von Anhang IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens beschließen.
- (3) Die Delegierte Verordnung (EU) 2022/804⁶ der Kommission sollte gemeinsam mit zwei damit zusammenhängenden Rechtsakten in das EWR-Abkommen aufgenommen werden.
- (4) Anhang IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden.
- (5) Der von der Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretende Standpunkt sollte daher auf dem beigefügten Beschlussentwurf beruhen —

⁴ ABl. L 305 vom 30.11.1994, S. 6.

⁵ ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3.

⁶ Delegierte Verordnung (EU) 2022/804 der Kommission vom 16. Februar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung von Verfahrensvorschriften für im Rahmen der Beaufsichtigung bestimmter Referenzwert-Administratoren durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) geltende Maßnahmen (ABl. L 145 vom 24.5.2022, S. 7).

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu der vorgeschlagenen Änderung von Anhang IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens zu vertreten ist, beruht auf dem Entwurf des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, der dem vorliegenden Beschluss beigelegt ist.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am

*Im Namen des Rates
Der Präsident/Die Präsidentin*



Brussels, 31.3.2026
COM(2026) 143 final

ANNEX

ANNEX
to the
Proposal for a
COUNCIL DECISION
on the position to be adopted, on behalf of the European Union, within the EEA Joint
Committee concerning an amendment to Annex IX (Financial services) to the EEA
Agreement
(Supervision of certain benchmark administrators by ESMA)

ANNEX

DRAFT DECISION OF THE EEA JOINT COMMITTEE

No [...]

of [...]

amending Annex IX (Financial services) to the EEA Agreement

THE EEA JOINT COMMITTEE,

Having regard to the Agreement on the European Economic Area (“the EEA Agreement”), and in particular Article 98 thereof,

Whereas:

- (1) Commission Delegated Regulation (EU) 2022/804 of 16 February 2022 supplementing Regulation (EU) 2016/1011 of the European Parliament and of the Council by specifying rules of procedure for measures applicable to the supervision by the European Securities Markets Authority of certain benchmark administrators¹ is to be incorporated into the EEA Agreement.
- (2) Commission Delegated Regulation (EU) 2022/805 of 16 February 2022 supplementing Regulation (EU) 2016/1011 of the European Parliament and of the Council by specifying fees applicable to the supervision by the European Securities Markets Authority of certain benchmark administrators² is to be incorporated into the EEA Agreement.
- (3) Commission Delegated Regulation (EU) 2024/1705 of 11 March 2024 amending Delegated Regulation (EU) 2022/805 as regards harmonisation of certain aspects of fees charged by the European Securities and Markets Authority to certain benchmark administrators³ is to be incorporated into the EEA Agreement.
- (4) Annex IX to the EEA Agreement should therefore be amended accordingly,

HAS ADOPTED THIS DECISION:

Article 1

Annex IX to the EEA Agreement shall be amended as follows:

1. The following is inserted after point 31lzb (Commission Implementing Regulation (EU) 2021/1848):
‘31lzc. **32022 R 0804**: Commission Delegated Regulation (EU) 2022/804 of 16 February 2022 supplementing Regulation (EU) 2016/1011 of the European Parliament and of the Council by specifying rules of procedure for measures applicable to the supervision by the European Securities Markets Authority of certain benchmark administrators (OJ L 145, 24.5.2022, p. 7).

¹ OJ L 145, 24.5.2022, p. 7.

² OJ L 145, 24.5.2022, p. 14.

³ OJ L, 2024/1705, 18.6.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2024/1705/oj

The provisions of the Delegated Regulation shall, for the purposes of this Agreement, be read with the following adaptations:

- (a) In Article 2(1), the words “and, as regards the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ESMA”.
- (b) In Article 3:
 - (i) in paragraphs 1 and 6, the words “and, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ESMA”;
 - (ii) in paragraph 2, the following subparagraph shall be inserted:

“As regards the EFTA States, when a file is incomplete, ESMA shall inform the EFTA Surveillance Authority thereof. The EFTA Surveillance Authority shall make a reasoned request for additional documents to the investigation officer.”;
 - (iii) in paragraph 3, the words “or, as regards the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “it”;
 - (iv) in paragraph 4, the following subparagraph shall be inserted:

“As regards the EFTA States, where ESMA does not agree with the findings of the investigation officer, it shall inform the EFTA Surveillance Authority thereof. The EFTA Surveillance Authority shall submit a new statement of findings to the person subject to investigation. That statement of findings shall set a time limit of at least four weeks within which the person subject to investigation may make written submissions. ESMA, before preparing a draft for the EFTA Surveillance Authority, or the EFTA Surveillance Authority shall not be obliged to take into account written submissions received after the expiry of that time limit for adopting a decision on the existence of an infringement and on supervisory measures and the imposition of a fine in accordance with Articles 48e and 48f of Regulation (EU) 2016/1011.”;
 - (v) in paragraph 5, the following subparagraph shall be inserted:

“As regards the EFTA States, where ESMA agrees with all or some of the findings of the investigation officer, it shall inform the EFTA Surveillance Authority thereof. The EFTA Surveillance Authority shall inform the person subject to investigation accordingly. Such communication shall set a time limit of at least two weeks in case ESMA agrees with all of the findings, and at least four weeks in case ESMA does not agree with all of the findings, within which period the person subject to investigation may make written submissions. ESMA, before preparing a draft for the EFTA Surveillance Authority, or the EFTA Surveillance Authority shall not be obliged to take into account written submissions received after the expiry of that time limit for adopting a decision on the existence of an infringement and on supervisory measures and the imposition of a fine in accordance with Articles 48e and 48f of Regulation (EU) 2016/1011.”;

- (vi) in paragraph 7, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ESMA”.
- (c) In Article 4:
 - (i) in paragraph 1, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ESMA”;
 - (ii) in paragraph 4, the words “and, as regards the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ESMA”.
 - (d) In Article 5:
 - (i) in paragraph 1, paragraph 2, first and second subparagraphs, paragraph 3, first subparagraph and paragraph 4, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority, shall be inserted after the word “ESMA”;
 - (ii) in paragraph 2, third and fourth subparagraph, the words “and, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ESMA”;
 - (iii) in paragraph 3, the following subparagraph shall be inserted after the second subparagraph:

“As regards the EFTA States, where ESMA considers, after having heard the person subject to the interim decision, that an infringement of the provisions referred to in Article 38g(1) of Regulation (EU) No 600/2014 has been committed by the person subject to the interim decision, it shall inform the EFTA Surveillance Authority thereof. The EFTA Surveillance Authority shall adopt a confirmatory decision imposing one or more supervisory measures laid down in Article 48e of Regulation (EU) 2016/1011. The EFTA Surveillance Authority shall immediately notify that decision to the persons subject to the interim decision.”.
 - (e) In Article 6:
 - (i) the words “and, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the first use of the word “ESMA”;
 - (ii) the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the second use of the word “ESMA”.
 - (f) In Article 7:
 - (i) in paragraph 3, the words “and, as regards the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the first use of the word “ESMA”;
 - (ii) in paragraph 3, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the second use of the word “ESMA”;
 - (iii) in paragraph 5, the following subparagraph is inserted:

“The limitation period for imposing fines and periodic penalty payments shall be suspended for as long as the decision of the

EFTA Surveillance Authority is subject to proceedings pending before the EFTA Court, in accordance with Article 36 of the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.”

- (g) In Article 8, as regards the EFTA States:
 - (i) in paragraphs 1 and 3, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ESMA”;
 - (ii) in paragraph 5, the words “or, as regards the EFTA States, a review by the EFTA Court in accordance with Article 35 of the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice” shall be inserted after the words “Regulation (EU) 2016/1011”.

2. The following is inserted after point 311zc (Commission Delegated Regulation (EU) 2022/804):

‘311zd. **32022 R 0805**: Commission Delegated Regulation (EU) 2022/805 of 16 February 2022 supplementing Regulation (EU) 2016/1011 of the European Parliament and of the Council by specifying fees applicable to the supervision by the European Securities Markets Authority of certain benchmark administrators (OJ L 145, 24.5.2022, p. 14), as amended by:

- **32024 R 1705**: Commission Delegated Regulation (EU) 2024/1705 of 11 March 2024 (OJ L, 2024/1705, 18.6.2024).

The provisions of the Delegated Regulation shall, for the purposes of this Agreement, be read with the following adaptations:

- (a) In Article 1, Article 2a, point b and Articles 4(3), 5, 8(2), 9 and 10, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ESMA”.
- (b) In Article 3(3), the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority’s debit note” shall be inserted after the words “ESMA’s debit note”.
- (c) In Article 5, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority’s relevant debit note” shall be inserted after the words “ESMA’s relevant debit note”;
- (d) In Article 7:
 - (i) in paragraph 2, the words “or, as regards the EFTA States, the default interest outlined in paragraph 3 - 6 of this Article” shall be inserted after the words “the Council”;
 - (ii) the following paragraphs shall be inserted after paragraph 2:

“3. Without prejudice to any specific provisions deriving from the application of specific regulations, any amount receivable not repaid on the deadline shall bear interest in accordance with paragraphs 4 and 5 of this Article.

4. The interest rate for amounts receivable not repaid on the deadline shall be the rate applied by the European Central Bank to its principal refinancing operations, as published in the C series of the Official Journal

of the European Union, in force on the first calendar day of the month in which the deadline falls, increased by:

- (a) eight percentage points where the obligating event is a supply contract or a service contract;
- (b) three and a half percentage points in all other cases.

5. Interest shall be calculated from the calendar day following the deadline up to the calendar day on which the debt is repaid in full.

The recovery order corresponding to the amount of the default interest shall be issued when that interest is actually received.

6. In cases where the overall interest rate would be negative it shall be set at zero percent.”.

- (e) In Article 8, the words “or, as regards the EFTA States, the invoice from the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “ESMA’s invoice”.
- (f) In Article 10(2), the following subparagraph shall be inserted:
“When, as regards administrators of critical benchmarks established in the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority is to reimburse a national competent authority, ESMA shall without delay make available the amounts to be reimbursed to the EFTA Surveillance Authority for that purpose.”.’

Article 2

The texts of Delegated Regulations (EU) 2022/804, (EU) 2022/805 and (EU) 2024/1705 in the Icelandic and Norwegian languages, to be published in the EEA Supplement to the *Official Journal of the European Union*, shall be authentic.

Article 3

This Decision shall enter into force on [...], provided that all the notifications under Article 103(1) of the EEA Agreement have been made*, or on the day of the entry into force of Decision of the EEA Joint Committee No .../... of [...]⁴ incorporating {Regulation (EU) 2019/2175} into the EEA Agreement], whichever is the later.

Article 4

This Decision shall be published in the EEA Section of, and in the EEA Supplement to, the *Official Journal of the European Union*.

Done at Brussels,

For the EEA Joint Committee

The President

The Secretaries

To the EEA Joint Committee

* [No constitutional requirements indicated.] [Constitutional requirements indicated.]

⁴ OJ L

Brüssel, den 31.3.2026
COM(2026) 143 final

ANNEX

ANHANG

des

Vorschlags für einen

BESCHLUSS DES RATES

über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt zur Änderung des Anhangs IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens

(Beaufsichtigung bestimmter Referenzwert-Administratoren durch die ESMA)

ANHANG

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES

Nr. [...]

vom [...]

zur Änderung von Anhang IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2022/804 der Kommission vom 16. Februar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung von Verfahrensvorschriften für im Rahmen der Beaufsichtigung bestimmter Referenzwert-Administratoren durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) geltende Maßnahmen¹ ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (2) Die Delegierte Verordnung (EU) 2022/805 der Kommission vom 16. Februar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung von im Rahmen der Beaufsichtigung bestimmter Referenzwert-Administratoren durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) geltenden Gebühren² ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (3) Die Delegierte Verordnung (EU) 2024/1705 der Kommission vom 11. März 2024 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2022/805 im Hinblick auf die Harmonisierung bestimmter Aspekte der Gebühren, die bestimmten Referenzwert-Administratoren von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde in Rechnung gestellt werden³ ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (4) Anhang IX des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang IX des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Nach Nummer 31lzb (Durchführungsverordnung (EU) 2021/1848 der Kommission) wird Folgendes eingefügt:
„31lzc. **32022 R 0804**: Delegierte Verordnung (EU) 2022/804 der Kommission vom 16. Februar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung von

¹ ABl. L 145 vom 24.5.2022, S. 7.

² ABl. L 145 vom 24.5.2022, S. 14.

³ ABl. L, 2024/1705, 18.6.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2024/1705/oj.

Verfahrensvorschriften für im Rahmen der Beaufsichtigung bestimmter Referenzwert-Administratoren durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) geltende Maßnahmen (ABl. L 145 vom 24.5.2022, S. 7).

Die Delegierte Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) In Artikel 2 Absatz 1 werden nach dem Wort ‚ESMA‘ die Wörter ‚bzw. im Falle der EFTA-Staaten die EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
- b) Artikel 3 wird wie folgt angepasst:
 - i) In den Absätzen 1 und 6 werden nach dem Wort ‚ESMA‘ die Wörter ‚bzw. die EFTA-Überwachungsbehörde‘ in der jeweils grammatisch korrekten Form eingefügt.
 - ii) In Absatz 2 wird folgender Unterabsatz eingefügt:

‚In Bezug auf die EFTA-Staaten teilt die ESMA der EFTA-Überwachungsbehörde mit, wenn eine Akte unvollständig ist. Die EFTA-Überwachungsbehörde richtet ein begründetes Ersuchen um zusätzliche Unterlagen an den Untersuchungsbeauftragten.‘
 - iii) In Absatz 3 werden nach dem Wort ‚sie‘ die Wörter ‚oder im Falle der EFTA-Staaten die EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
 - iv) In Absatz 4 wird folgender Unterabsatz eingefügt:

‚In Bezug auf die EFTA-Staaten setzt die ESMA die EFTA-Überwachungsbehörde in Kenntnis, wenn sie mit den Prüfungsfeststellungen des Untersuchungsbeauftragten nicht übereinstimmt. Die EFTA-Überwachungsbehörde übermittelt der Person, die Gegenstand der Untersuchung ist, eine neue Auflistung der Prüfungsfeststellungen. In dieser Auflistung der Prüfungsfeststellungen wird eine Frist von mindestens vier Wochen gesetzt, innerhalb der die Person, die Gegenstand der Untersuchung ist, schriftlich Stellung nehmen kann. Die ESMA – vor der Ausarbeitung eines Entwurfs für die EFTA-Überwachungsbehörde – bzw. die EFTA-Überwachungsbehörde ist nicht verpflichtet, bei der Annahme eines Beschlusses über das Vorliegen eines Verstoßes sowie über Aufsichtsmaßnahmen und die Verhängung einer Geldbuße nach Artikel 48e und Artikel 48f der Verordnung (EU) 2016/1011 schriftliche Eingaben zu berücksichtigen, die nach Ablauf dieser Frist eingegangen sind.‘
 - v) In Absatz 5 wird folgender Unterabsatz eingefügt:

‚In Bezug auf die EFTA-Staaten setzt die ESMA die EFTA-Überwachungsbehörde in Kenntnis, wenn sie mit sämtlichen oder einigen Prüfungsfeststellungen des Untersuchungsbeauftragten übereinstimmt. Die EFTA-Überwachungsbehörde setzt die Person, die Gegenstand der Untersuchung ist, darüber in Kenntnis. In der entsprechenden Mitteilung wird für den Fall, dass die ESMA sämtlichen Prüfungsfeststellungen zustimmt, eine Frist von mindestens zwei Wochen, und für den Fall, dass die ESMA nicht sämtlichen Prüfungsfeststellungen zustimmt, eine Frist von

mindestens vier Wochen gesetzt, innerhalb der die Person, die Gegenstand der Untersuchung ist, schriftlich Stellung nehmen kann. Die ESMA – vor der Ausarbeitung eines Entwurfs für die EFTA-Überwachungsbehörde – bzw. die EFTA-Überwachungsbehörde ist nicht verpflichtet, bei der Annahme eines Beschlusses über das Vorliegen eines Verstoßes sowie über Aufsichtsmaßnahmen und die Verhängung einer Geldbuße nach Artikel 48e und Artikel 48f der Verordnung (EU) 2016/1011 schriftliche Eingaben zu berücksichtigen, die nach Ablauf dieser Frist eingegangen sind.’

- vi) In Absatz 7 werden nach dem Wort ‚ESMA‘ die Wörter ‚oder die EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
- c) Artikel 4 wird wie folgt angepasst:
- i) In Absatz 1 werden nach dem Wort ‚ESMA‘ die Wörter ‚oder die EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
 - ii) In Absatz 4 werden nach dem Wort ‚ESMA‘ die Wörter ‚bzw. im Falle der EFTA-Staaten die EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
- d) Artikel 5 wird wie folgt angepasst:
- i) In Absatz 1, Absatz 2 Unterabsatz 1 und 2, Absatz 3 Unterabsatz 1 und Absatz 4 werden nach dem Wort ‚ESMA‘ die Wörter ‚oder die EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
 - ii) In Absatz 2 Unterabsatz 3 und 4 werden nach dem Wort ‚ESMA‘ die Wörter ‚bzw. die EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
 - iii) In Absatz 3 wird nach Unterabsatz 2 folgender Unterabsatz eingefügt:

‚In Bezug auf die EFTA-Staaten setzt die ESMA die EFTA-Überwachungsbehörde in Kenntnis, wenn sie nach Anhörung der Person, die Gegenstand des Interimsbeschlusses ist, zu dem Schluss gelangt, dass diese Person gegen die in Artikel 38g Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 genannten Bestimmungen verstoßen hat. Die EFTA-Überwachungsbehörde erlässt einen bestätigenden Beschluss, mit dem eine oder mehrere der Aufsichtsmaßnahmen nach Artikel 48e der Verordnung (EU) 2016/1011 verhängt werden. Die EFTA-Überwachungsbehörde setzt die Personen, die Gegenstand des Interimsbeschlusses sind, unverzüglich von dem genannten Beschluss in Kenntnis.‘
- e) In Artikel 6
- i) werden nach der ersten Erwähnung des Wortes ‚ESMA‘ die Wörter ‚bzw. die EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
 - ii) werden nach der zweiten Erwähnung des Wortes ‚ESMA‘ die Wörter ‚oder die EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.

- f) Artikel 7 wird wie folgt angepasst:
- i) In Absatz 3 werden nach der ersten Erwähnung des Wortes ‚ESMA‘ die Wörter ‚bzw. im Falle der EFTA-Staaten der EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
 - ii) In Absatz 3 werden nach der zweiten Erwähnung des Wortes ‚ESMA‘ die Wörter ‚oder der EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
 - iii) In Absatz 5 wird folgender Unterabsatz angefügt:
 ‚Die Verjährungsfrist für die Verhängung von Geldbußen und Zwangsgeldern wird für die Zeit ausgesetzt, in der in Bezug auf den Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde ein Verfahren vor dem EFTA-Gerichtshof gemäß Artikel 36 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs anhängig ist.‘
- g) Artikel 8 wird für die EFTA-Staaten wie folgt angepasst:
- i) In den Absätzen 1 und 3 werden nach dem Wort ‚ESMA‘ die Wörter ‚oder der EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
 - ii) In Absatz 5 werden nach den Wörtern ‚Verordnung (EU) 2016/1011‘ die Wörter ‚oder im Falle der EFTA-Staaten eine Prüfung durch den EFTA-Gerichtshof gemäß Artikel 35 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs‘ eingefügt.“

2. Nach Nummer 311zc (Delegierte Verordnung (EU) 2022/804 der Kommission) wird Folgendes eingefügt:

„311zd. **32022 R 0805**: Delegierte Verordnung (EU) 2022/805 der Kommission vom 16. Februar 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung von im Rahmen der Beaufsichtigung bestimmter Referenzwert-Administratoren durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) geltenden Gebühren (ABl. L 145 vom 24.5.2022, S. 14), geändert durch:

- **32024 R 1705**: Delegierte Verordnung (EU) 2024/1705 der Kommission vom 11. März 2024 (ABl. L, 2024/1705, 18.6.2024).

Die Delegierte Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) In Artikel 1, Artikel 2a Buchstabe b, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5, Artikel 8 Absatz 2, Artikel 9 und Artikel 10 werden nach dem Wort ‚ESMA‘ die Wörter ‚oder die EFTA-Überwachungsbehörde‘ in der jeweils grammatisch korrekten Form eingefügt.
- b) In Artikel 3 Absatz 3 werden nach den Wörtern ‚Zahlungsaufforderung der ESMA‘ die Wörter ‚oder der Zahlungsaufforderung der EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
- c) In Artikel 5 werden nach den Wörtern ‚der entsprechenden Zahlungsaufforderung der ESMA‘ die Wörter ‚oder der entsprechenden Zahlungsaufforderung der EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.

- d) Artikel 7 wird wie folgt angepasst:
- i) In Absatz 2 werden nach den Wörtern ‚des Rates‘ die Wörter ‚oder im Falle der EFTA-Staaten Verzugszinsen gemäß den Absätzen 3 bis 6 des vorliegenden Artikels‘ eingefügt.
 - ii) Nach Absatz 2 werden die folgenden Absätze eingefügt:
 - ‚(3) Unbeschadet der besonderen Bestimmungen, die sich aus der Anwendung bestimmter Verordnungen ergeben, sind für jede bei Ablauf der Frist nicht beglichene Forderung Zinsen gemäß den Absätzen 4 und 5 dieses Artikels zu zahlen.
 - (4) Auf bei Ablauf der Frist nicht beglichene Forderungen wird der von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte zugrunde gelegte und am ersten Kalendertag des Fälligkeitsmonats geltende Zinssatz angewandt, der im Amtsblatt der Europäischen Union, Reihe C, veröffentlicht wird, zuzüglich
 - a) acht Prozentpunkten, wenn es sich bei dem die Forderung begründenden Tatbestand um einen Lieferauftrag oder einen Dienstleistungsauftrag handelt;
 - b) dreieinhalb Prozentpunkten in allen übrigen Fällen.
 - (5) Die Zinsen werden berechnet für den Zeitraum zwischen dem Tag nach Ablauf der Zahlungsfrist und dem Tag, an dem der geschuldete Betrag vollständig gezahlt wird.Die Einziehungsanordnung für den Betrag der Verzugszinsen wird zum Zeitpunkt des Erhalts der Zinsen ausgestellt.
 - (6) In den Fällen, in denen der Gesamtzinssatz negativ wäre, wird er auf null Prozent festgesetzt.‘
- e) In Artikel 8 werden nach den Wörtern ‚Rechnung der ESMA‘ die Wörter ‚oder im Falle der EFTA-Staaten der Rechnung der EFTA-Überwachungsbehörde‘ eingefügt.
- f) In Artikel 10 Absatz 2 wird folgender Unterabsatz eingefügt:

‚Wenn in Bezug auf in den EFTA-Staaten niedergelassene Administratoren kritischer Referenzwerte die EFTA-Überwachungsbehörde einer nationalen zuständigen Behörde Kosten zu erstatten hat, stellt die ESMA der EFTA-Überwachungsbehörde zu diesem Zweck unverzüglich die zu erstattenden Beträge zur Verfügung.‘‘

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnungen (EU) 2022/804, (EU) 2022/805 und (EU) 2024/1705 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des Amtsblattes der Europäischen Union veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am [...] in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen*, oder am Tag des Inkrafttretens des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. .../... vom [...] ⁴ [zur Aufnahme der {Verordnung (EU) 2019/2175} in das EWR-Abkommen], je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des Amtsblattes der Europäischen Union veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss

Der Präsident/Die Präsidentin

Die Sekretäre

des Gemeinsamen EWR-Ausschusses

* [Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.] [Das Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde mitgeteilt.]

⁴ ABl. L